

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

derzeit kennt die Corona-Kurve nur eine Richtung: nach oben. Doch bei einer weiter exponentiellen Zunahme an Infizierten werden Schutzbekleidung und Personal knapp und unser Gesundheitssystem kommt an seine Belastungsgrenze. Die gute Nachricht deshalb gleich vorweg: **Der Bayerische Landtag hat entschieden gehandelt und in Rekordzeit den Gesetzentwurf für ein Bayerisches Infektionsschutzgesetz verabschiedet.** Es ermöglicht der Staatsregierung in der Corona-Krise mehr Eingriffs- und Durchgriffsrechte – etwa beim Zugriff auf medizinisches Material und Personal. So soll die Handlungsfähigkeit des Staates im medizinischen Notfall gewährleistet bleiben. Wir FREIE WÄHLER sind uns sicher: Dieses Gesetz wird viele Leben retten – Voraussetzung dafür: die Ausrufung eines Gesundheitsnotstands durch die Staatsregierung. Dieser ist gegeben, wenn eine übertragbare Krankheit in der bayerischen Bevölkerung so zahlreich auftritt, dass die Versorgungssicherheit des öffentlichen Gesundheitswesens erheblich gefährdet ist. In diesem Ernstfall kann der Freistaat bei jedermann medizinisches, pflegerisches oder sanitäres Material beschlagnahmen. Für Produkte wie Schutzmasken oder Desinfektionsmittel kann ein Verkaufsverbot an Dritte erlassen werden. Der Staat kann dieses Material dann an Einrichtungen weitergeben, die es wirklich brauchen – und gleichzeitig Preistreiberei verhindern. Das Infektionsschutzgesetz sieht eine Meldepflicht für private Bestände dringend benötigten Materials vor. Zudem



*Florian Streibl, MdL
Fraktionsvorsitzender*

ermächtigt das Gesetz den Freistaat, Betriebe zur Herstellung sanitärer Produkte zu verpflichten, sofern diese dazu in der Lage sind. Außerdem kann der Freistaat bei Hilfsorganisationen und Ärzteverbänden Kontaktdaten geeigneter Personen anfordern, um die medizinische und pflegerische Versorgung sicherzustellen. Wir haben wichtige Ergänzungen – etwa zum Wahlrecht – eingefügt. Damit gewährleisten wir, dass die ausschließliche Briefwahl bei den kommunalen Stichwahlen Rechtssicherheit hat.



Das Gesetz kann zwar vorübergehend weitere Einschnitte für das freie Leben der Bürgerinnen und Bürger bedeuten. Vor dem Hintergrund einer nie dagewesenen Ausnahmesituation halten wir FREIE WÄHLER die vorgesehenen Maßnahmen jedoch für verhältnismäßig. Nur so können wir die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitssystems auch bei einem weiteren Anstieg der Infektionszahlen sicherstellen und einen Kollaps der Kliniken vermeiden, wie er derzeit leider in Italien,

Spanien und Frankreich zu beklagen ist.

R ü c k b l i c k

Beschäftigt haben wir uns auch mit der **drohenden Verschärfung der Düngemittelverordnung** durch eine Entscheidung des Bundesrats. Wir FREIE WÄHLER stehen einer Verschärfung der Düngemittelverordnung ohnehin äußerst kritisch gegenüber und haben Bundesregierung und EU mehrfach zu Nachbesserungen aufgerufen. Doch mitten in der Corona-Krise wäre ein entsprechender Beschluss des Bundesrats ein vollkommen kontraproduktives Signal an Bayerns Landwirte. Sie sind es, die an vorderster Front dafür sorgen, dass es jetzt zu keinen Lebensmittelengpässen kommt. Deshalb gilt es, das Ende der Krise abzuwarten, bevor eine Änderung der Düngemittelverordnung auch nur erwogen werden darf. Deshalb haben wir uns

gemeinsam mit Staatsministerin Michaela Kaniber dafür eingesetzt, dass die Düngeverordnung von der Tagesordnung der kommenden Bundessitzung genommen und erst nach dem Ende der Corona-Krise abschließend behandelt wird. Sollte die Verschärfung des Gesetzes wider Erwarten doch erfolgen, fordern wir zugleich eine langfristige Aussetzung ihres Vollzugs. Wir werden uns außerdem bei der EU für eine vollständige Neuverhandlung der Düngemittelverordnung einsetzen und uns hierzu an den zuständigen EU-Kommissar für Landwirtschaft wenden. An die Bundesagrarministerin appellieren wir: Frau Klöckner, stoppen Sie den Wahnsinn – bevor es zu spät ist!

Auch die Corona-Pandemie beschäftigt uns weiterhin. Besonders geärgert haben wir uns diese Woche über **Kriminelle, die versuchen, aus der Krise Profit zu schlagen**. Denn das gängige Geschäftsmodell, etwa Landdiebstahl oder Wohnungseinbruch, funktioniert nicht mehr, weil die



meisten Geschäfte geschlossen wurden und die Menschen zuhause bleiben. Jetzt gilt es, auf der Hut zu sein, um auf neue Tricks erst gar nicht hereinzufallen. Zu diesen Tricks zählen zum Beispiel Fakeshops im Internet, die vorgeben, Schutzmasken und Desinfektionsmittel im Angebot zu haben. Diese Shops verlangen stets Vorkasse. Doch nach der Überweisung kommt keine Ware, sondern ein böses Erwachen: das Geld ist weg. Vorsicht ist auch auf Onlinehandelsplattformen geboten: Hier

erhalten Käufer bei raren Sanitärartikeln bestenfalls vollkommen überteuerte Ware – selbst für Klopapier werden aberwitzige Preise aufgerufen. Besonders häufig wird derzeit eine neue Variante des sogenannten Enkeltricks gemeldet: Da ruft ein angeblicher Verwandter an und behauptet, er habe sich mit dem Corona-Virus infiziert und benötige daher dringend Geld für die Behandlung. Das ist besonders schäbig – gerade deshalb müssen wir

uns auf solche Auswirkungen der Krise einstellen. Doch es gibt wirkungsvolle Maßnahmen, um sich zu schützen: Falls eine Telefonnummer angezeigt wird, sollte diese bei dubiosen Anrufen notiert werden. Außerdem sollten keine persönlichen Daten am Telefon preisgegeben werden. Auch Besuchswünsche Unbekannter sollten kategorisch abgelehnt und grundsätzlich niemand Fremdes in die Wohnung gelassen werden. Gerade in der Krise kommt einer guten Nachbarschaft besondere Bedeutung zu: So kann vereinbart werden, dass Nachbarn schnell zur Unterstützung kommen, falls fremde Personen vor der Tür stehen. Außerdem sollte im Verdachtsfall niemand zögern, unverzüglich die Polizei zu rufen. Übrigens: Ein echter Polizist wird sich stets ausweisen – unaufgefordert!

Doch es gibt auch Lichtblicke in dieser für uns allen schwierigen Zeit: So **läuft das Bayerische Wirtschaftsministerium unter Leitung von Hubert Aiwanger derzeit zur Hochform auf**, damit die Wirtschaft im Freistaat handlungsfähig bleibt – und damit alle Menschen auch in der Krise bestmöglich medizinisch versorgt werden.



Im bayerischen Landtag arbeiten wir trotz der nicht absehbaren Folgen der Corona-Krise bereits an Plänen für die Zeit nach der Krankheitswelle. Unsere **neu gegründete Arbeitsgemeinschaft Exitstrategie Coronavirus** befasst sich ab sofort mit dem, was nach dem Ende der Pandemie kommt



Florian Streibl MdL, Fraktionsvorsitzender

– also Maßnahmen, die greifen sollen, sobald wir in ein normales Leben zurückkehren können. Wir fordern daher einen breit verfügbaren Antikörpertest, mit dem die Grundimmunisierung der Bevölkerung bestimmt werden kann. Personengruppen, die einen schweren Covid-19-Verlauf zu erwarten haben, müssen besser isoliert und geschützt werden. Außerdem wollen wir eine regelmäßigeren und besseren Evaluierung der bereits von der Staatsregierung verhängten Maßnahmen erwirken. Etwa ab dem ersten April-Wochenende werden wir beurteilen können, ob diese Maßnahmen greifen, ob wir nachsteuern müssen oder lockern können. Richtschnur unserer Arbeitsgemeinschaft für eine eventuelle Lockerung der jetzigen Ausgangsbeschränkungen ist, dass wir unser Gesundheitssystem und die dort mit vollem Einsatz arbeitenden Menschen nicht überfordern. Jeder unserer Schritte wird mit dem bayerischen Gesundheitssystem sowie der Staatsregierung abgestimmt. Ziel ist es, einen goldenen Mittelweg zwischen dem Schutz der Menschen, der gesellschaftlichen Freiheit und wirtschaftlicher Produktivität zu beschreiten. Dazu gehört auch, staatliche Unterstützungen mit Augenmaß in Anspruch zu nehmen – sodass Staats- und Bundesregierung finanziell nicht die Luft ausgeht.

**Bleiben Sie gesund und
Gott schütze Sie!**

Impressum

Florian Streibl, MdL
Othmar-Weis-Straße 5
82487 Oberammergau
Tel: 08822/935282
Fax: 08822/935287

E-Mail: info@florian-streibl.de

Homepage: www.florian-streibl.de